

Schluss mit dem Duckmäusertum!

Dass sich Staaten gegen die Steuerhinterziehung wehren und Steuersünder bestrafen, ist verständlich und richtig. Das Bankgeheimnis ist nicht dazu da, Steuerhinterziehung zu fördern. Eine direkte Informationspflicht der Banken gegenüber den hiesigen Steuerbehörden wäre sinnvoll. Wer ehrlich Steuern bezahlt, hat davon nichts zu befürchten. Unproblematisch ist auch die Rechtshilfe an ausländische Behörden, wenn ein konkreter Verdacht auf Steuerhinterziehung besteht.

Nicht akzeptabel

ist aber das Vorgehen der USA, die Steuern auch von "US-Personen" fordern, die weder in Amerika wohnen noch dort ein Geschäft betreiben. Die Schweiz kann ja auch nicht kurzerhand alle Auslandschweizer besteuern. Erst recht nicht hinzunehmen ist, dass die USA von Finanzinstituten in anderen Ländern verlangen, dass diese amerikanisches Recht anwenden. Dies geschieht mit dem sogenannten "Foreign Account Tax Compliance Act" (FATCA). Es ist unverständlich, dass das Parlament in Bern kürzlich einen entsprechenden Vertrag mit den USA akzeptiert hat und damit die amerikanischen Übergriffe auf unser Hoheitsgebiet toleriert. Dasselbe

Duckmäusertum

gegenüber den USA legte der Bundesrat schon an den Tag, als er in einer Strafsache die Vernichtung von Akten anordnete und damit die Arbeit der Justizbehörden behinderte, um mutmassliche Spionage-Machenschaften der CIA zu decken. Seit kurzem wissen wir alle, dass amerikanische Geheimdienste weltweit Telefongespräche abhören, den E-Mail-Verkehr systematisch ausspionieren usw. Und wieder hört man aus Bern kein Wort des Protestes. Wann werden Massnahmen ergriffen, um unsere Telekommunikation wirksam vor der US-Spionage zu schützen? In Amerika sollen

Schweizer Banken angeklagt

werden, weil einige ihrer dortigen Kunden Steuern hinterzogen haben. Das ist nicht nachvollziehbar. Wie soll denn eine Bank überprüfen können, ob die Kunden das Geld, das sie bringen, vorher auch versteuert haben? Natürlich ist es das gute Recht der USA, auf ihrem Staatsgebiet solch abwegige Gesetze zu erlassen. Irgendwie muss das hochverschuldete

Amerika ja seine vielen Kriege und seinen milliardenteuren Spionageapparat finanzieren. Doch darauf gibt es nur eine passende Reaktion: Die Schweizer Banken sollen

sich aus dem US-Geschäft zurückziehen

bzw. die Bankenaufsicht sollte ihnen dies vorschreiben. Dann können die USA Milliardenbussen aussprechen, so viel sie wollen. Bezahlen wird diese niemand. In der Schweiz werden solche Urteile sicher nicht vollstreckt. Auch die meisten anderen zivilisierten Staaten werden dies nicht tun, weil sie so wenig wie die Schweiz so etwas Absurdes wie eine strafrechtliche Verantwortung von Finanzinstituten für das Fehlverhalten ihrer Kunden kennen. Unbegreiflich ist deshalb, dass Banken und Bundesrat vor den Amerikanern kuschen. Wären unsere Vorfahren solche

Angsthasen

gewesen wie unsere heutigen Politiker, so gäbe es heute keine Schweiz. Die Vereinigten Staaten sind zwar eine Grossmacht, aber doch nur ein kleiner Teil der Welt. Hören wir also auf, uns von ihnen drangsaliieren zu lassen!

Schweizer Demokraten (SD)
der Stadt Zürich
Postfach 9103
8036 Zürich

